IMMAC

... leading in social investments

Datum:	**23. Mai 2012**
Medium:	**Kronen Zeitung**
Thema:	**Land finanziert Lohnerhöhungen**

Heftiges Ringen im Pflegebereich ● Erste Klagsdrohungen nach neuem Angebot:

Land finanziert Lohnerhöhungen

Heftiges Ringen um höhere Tagsätze und Gehälter im Gesundheits- und Sozialbereich: Die Landesregierung einigte sich nun darauf, den Trägerorganisationen finanziell unter die Arme zu greifen, damit sie die Löhne ihrer Mitarbeiter „auffetten" können. Von den Pflegeheimbetreibern kommt aber Kritik – Klagen drohen!

Foto: Christian Jauschowetz

„Wir haben intensiv verhandelt, damit es zu keinen negativen Auswirkungen für die Mitarbeiter kommt. Damit können die Leistungen im Sozialbereich aufrecht erhalten werden."

Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser

Foto: Jürgen Radspieler

„Die Mehrkosten von heuer fast sechs Millionen Euro werden durch Umschichtungen im Budget finanziert. Zusätzlich dazu wird ab 2013 das Normkostenmodell neu aufgestellt."

Pflegelandesrätin Kristina Edlinger

Im steirischen Behinderten- und Pflegebereich knirscht's seit einigen Jahren. Zum einen explodieren die Kosten, zum anderen müssen die Trägerorganisationen mit weniger Geld und Subventionen durch die öffentliche Hand (Stichwort Sparpaket) auskommen. Leidtragende des zermürbenden Kostenstreits, der

VON GERALD SCHWAIGER

sogar zu Massendemos führte, waren die Beschäftigten: Mehr Arbeit und weniger Brot, würde der Volksmund zu deren Status-quo sagen.

Nun scheint sich das Blatt aber zum Positiven zu wenden: Die Landesräte Siegfried Schrittwieser und Kristina Edlinger-Ploder haben nach Verhandlungen mit der GPA eine Lohnerhöhung für die Tausenden Beschäftigten des Gesundheits- und Sozialbereichs auf eine finanziell solide Basis gestellt.

Foto: Heimo Binder

◄ *Die Kosten für die stationäre Pflege in den Heimen haben sich von 2005 bis 2010 von 180 auf 350 Millionen Euro fast verdoppelt. 13.000 Pflegebetten sind aktuell im Land registriert. Um die Finanzierung von Tagsätzen und Gehältern wird aber immer wieder gestritten.*

Das heißt im Klartext: Den Trägern wird das kollektivvertraglich vereinbarte Gehalts-Plus von 3,87 Prozent abgegolten; das wird das Land heuer 2,6 Millionen (Jugendwohlfahrt, Soziales) und 3,2 Millionen Euro (Pflege) kosten.

Doch nicht überall ist man mit dem Kompromiss zufrieden. Von „übler Trickserei" spricht Wirtschaftskämmerer Martin Hoff (Berufsgruppe Pflegeheime). Klagen sind auch hier – wie bereits im Behindertenbereich – nicht ausgeschlossen!